



Prof. Dr. Jens Böcker,
Professor für Betriebswirtschaft
und Marketing,
Hochschule Bonn-Rhein-Sieg



EUROPÄISCHE ENERGIEPOLITIK – POLITIK TRIFFT REALITÄT!

9. Utility Executive Circle am 8. November 2011 in Köln

Den ersten Impuls zur wirtschaftlichen Einigung Europas gab das Thema Energie: Anfang der fünfziger Jahre schlossen sich sechs Staaten zur Montanunion zusammen, um die Rahmenbedingungen für die Energieerzeugung zu verbessern. Bis heute ist die Energiepolitik eines der wichtigsten Themenfelder der EU. Von einem echten europäischen Energiebinnenmarkt sind wir aber noch weit entfernt. Nicht zuletzt, weil die Mitgliedsstaaten auf diesem Feld eigene Strategien verfolgen. Das zwingt die EVUs zu einem Spagat: Sie müssen die vielfältigen regulatorischen Vorgaben umsetzen, dürfen dabei aber ihre unternehmerischen Interessen nicht aus dem Auge verlieren.

Wie lässt sich verhindern, dass solche unfreiwilligen Turnübungen mit einem Beinbruch enden? Diese und andere Fragen diskutierten die Teilnehmer des 9. Utility Executive Circle engagiert und sachkundig mit den Podiumsgästen Matthias Dürr, Leiter der Repräsentanz der RWE AG in Brüssel, Michael Wübbels, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU) e.V., und Achim Zerres, Leiter der Abteilung Energieregulierung der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen. Moderiert wurde die Veranstaltung von Prof. Dr. Jens Böcker, Professor für Betriebswirtschaft und Marketing an der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg. Auch wenn die Meinungen in dieser Runde mitunter kontrovers aufeinandertrafen – in einem waren sich alle Diskutanten einig: Neben den politischen Vorgaben muss sich die Energiebranche auch vielfältigen technischen und gesellschaftlichen Herausforderungen stellen, um weiterhin erfolgreich agieren zu können.



Heterogene Märkte als Investitionshemmnis

Die EU hat ihre Energiepolitik in den letzten Jahren vor allem mit drei Richtlinienpaketen vorangetrieben, deren konkrete Ausgestaltung aber weitestgehend den Mitgliedsstaaten überlassen ist. Einen umfassenden, auf allen Ebenen funktionierenden Binnenmarkt hat die EU damit noch nicht geschaffen, waren sich die Podiumsgäste einig. Deutschland ist bei der Umsetzung der Pakete ein Musterland, da es energiepolitisch keine grundsätzlich unterschiedlichen Haltungen zwischen der Bundesregierung und der EU-Kommission gibt. In anderen Staaten ist die Diskrepanz zwischen den europäischen Vorgaben und den nationalen Strategien größer. Dazu kommt, dass die Staaten die Übersetzung der Richtlinien in nationales Recht mit sehr unterschiedlichem Tempo angehen. All dies stellt die international agierenden Unternehmen vor Probleme: „Wir sind auf einheitliche Bedingungen angewiesen. Nur so können wir unsere Investitionen optimal ausrichten“, erklärte Dürr. Als Beispiel nannte der RWE-Manager die Förderung der erneuerbaren Energien, die es auf europäischer Ebene zu harmonisieren gelte.

Um die EU-Vorgaben zu erfüllen, müssen die Unternehmen oft einen erheblichen Aufwand betreiben. Doch damit sind zugleich auch Chancen verbunden, so Wübbels. Deutlich machte er dies anhand der Vorgabe der EU, die Energieeffizienz bis 2020 um 20 Prozent zu steigern und dafür die Versorger in die Pflicht zu nehmen: Einerseits sei dies eine unnötige Belastung für die Unternehmen, zugleich aber eine Gelegenheit, neue Effizienz-Services für die Kunden zu entwickeln. Allerdings, so Wübbels und Dürr einhellig, habe die EU-Kommission hier die falsche Vorgehensweise gewählt: Besser wäre es gewesen, wenn sie Anreize geschaffen hätte, statt den EVUs die Verantwortung dafür aufzubürden, dass ihre Kunden Energie einsparen. „Unternehmen haften für ihre Kunden – das ist der falsche Weg. Was sollen wir denn machen, wenn die Kunden die Sparziele nicht erreichen? Sollen wir ihnen dann am 23. Dezember den Strom abstellen?“, fragte Dürr.

Nach Meinung von Zerres ist ein Druckinstrument jedoch durchaus nötig, um die Effizienzziele zu erreichen. So hat für ihn auch die von einem Teilnehmer aus dem Auditorium aufgeworfene Einführung von Verbrauchssteuern einen gewissen Charme. „Strom ist zu billig“, zitierte er den Ex-E.ON-Chef Wulf Bernotat. Allerdings sei nur ein einziger, dafür größerer Preissprung sinnvoll, denn an eine schrittweise Erhöhung würden sich Kunden gewöhnen, ohne ihr Verbrauchsverhalten umzustellen.

Auch in Deutschland noch Klärungsbedarf

Doch nicht nur die heterogenen Bedingungen in den europäischen Staaten machen es den Unternehmen schwer, Investitionen zu tätigen. Auch in Deutschland bestehen Hemmnisse, die nur politisch zu überwinden sind. Trotz der im Zuge der Energiewende beschlossenen Gesetze gebe es in einigen Punkten noch Klärungsbedarf, so Wübbels: Es fehle zum Beispiel an Investitionsanreizen für die Netzbetreiber sowie an einer Neuregelung der Förderung von KWK-Erzeugungsanlagen.

Zudem, so die Teilnehmer unisono, seien die Großhandelspreise für Strom mit 50 Euro pro Megawattstunde hierzulande momentan viel zu niedrig, um Investitionen in neue Kraftwerke auszulösen. „Alle warten ab“, bilanzierte Zerres. 70 bis 75 Euro seien not-



wendig, damit sich der Bau neuer Anlagen lohne. Er beschrieb das Investitionsverhalten mit dem Schweinezyklus: Wenn es an Erzeugungskapazitäten fehle, stiegen irgendwann die Strompreise. Damit lohne es sich, neue Kraftwerke zu errichten, so dass die Preise wieder sanken – und der Kreislauf beginne von vorn.

Technologische Herausforderungen

Die Energiewende stellt die Branche auch vor technologische Herausforderungen: Mit dem Atomausstieg und dem Ausbau der erneuerbaren Energien ist es dringend geboten, die Netze entsprechend anzupassen. „Die Stabilität der Stromversorgung ist weniger eine Frage der Kapazitäten als vielmehr des Transports. Die Netztopologie ist sehr angespannt“, erklärte Dürr. Auf die von einem Teilnehmer aus dem Auditorium angesprochenen Speicher könne man da momentan noch nicht zählen: „Deren Kapazitäten reichen heute gerade einmal aus, um sieben Minuten Stromerzeugung zu puffern“, so der RWE-Manager.

Vor allem mangelt es an Technologien, mit denen sich Energie über einen längeren Zeitraum speichern lässt. „Was passiert zum Beispiel, wenn wir im Winter zwei Wochen Flaute haben, so dass kein Windstrom mehr erzeugt wird?“, fragte Zerres. Desertec als Ausgleich ist noch Zukunftsmusik, und die von vielen Experten ins Spiel gebrachte Zusammenarbeit mit Norwegen, deren Wasserkraftwerke einspringen könnten, stößt bei den Skandinaviern nicht gerade auf Begeisterung. Auch die Umwandlung von Strom in Windgas wird aus technischen Gründen auf absehbare Zeit keine Option sein. „Wir müssen die Entwicklung neuer Speicher mit Hochdruck vorantreiben“, lautete das Fazit von Wübbels.

Bürger ins Boot holen

Um die nötigen Investitionen zu tätigen, sind die Unternehmen allerdings nicht nur auf die richtigen politischen Rahmenbedingungen, sondern auch auf eine breite gesellschaftliche Unterstützung angewiesen. „Stuttgart 21“ ist das Menetekel, das die Diskutanten an die Wand malten: Nur wenn es gelingt, die Bürger ins Boot zu holen, können Netze und Erzeugungskapazitäten so ausgebaut werden, wie es die Energiewende erfordert. Dürr nannte das Beispiel eines geplanten CCS-Projektes seines Unternehmens in Schleswig-Holstein, das aufgrund von Anwohnerprotesten gestoppt werden musste. Der Widerstand der Bürger hat die Politik so unter Druck gesetzt, dass das CCS-Bundesgesetz gekippt wurde. Seine Lehre: „Wir müssen unsere Vorhaben künftig noch früher und besser kommunizieren.“

Wübbels sieht allerdings nicht nur die Unternehmen in der Pflicht: „Es ist auch Aufgabe der Politik und der Umweltverbände, zu vermitteln, welche Konsequenzen die Energiewende hat.“ Es gilt, deutlich zu machen, dass der Umbau des Energiesystems hohe Kosten verursacht und Eingriffe in das Landschaftsbild nötig macht.

Bei Fragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.



Prof. Dr. Jens Böcker,
Professor für Betriebswirtschaft
und Marketing,
Hochschule Bonn-Rhein-Sieg

Telefon: +49 228 972799-70
Fax: +49 228 972799-99
E-Mail: mail@utec-deutschland.de
www.utec-deutschland.de



THE
POWER
TO KNOW.

SAS Institute GmbH, In der Neckarhelle 162, 69118 Heidelberg, Germany
Phone +49 6221 415-123, Fax +49 6221 415-145 www.sas.de

SAS and all other SAS Institute Inc. product or service names are registered trademarks or trademarks of SAS Institute Inc. in the USA and other countries. ® indicates USA registration. Other brand and product names are trademarks of their respective companies. Copyright © 2011, SAS Institute Inc. All rights reserved.